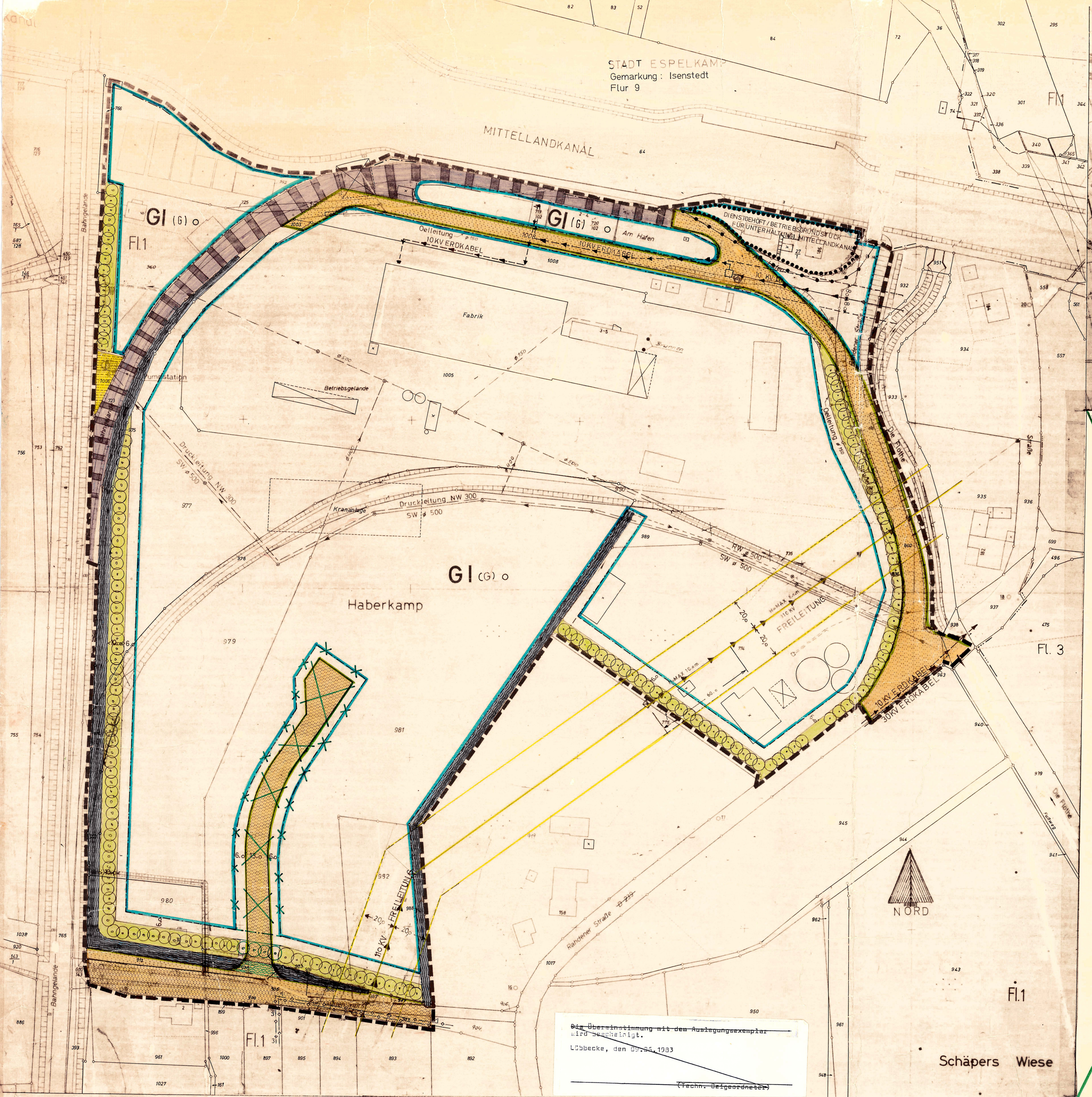
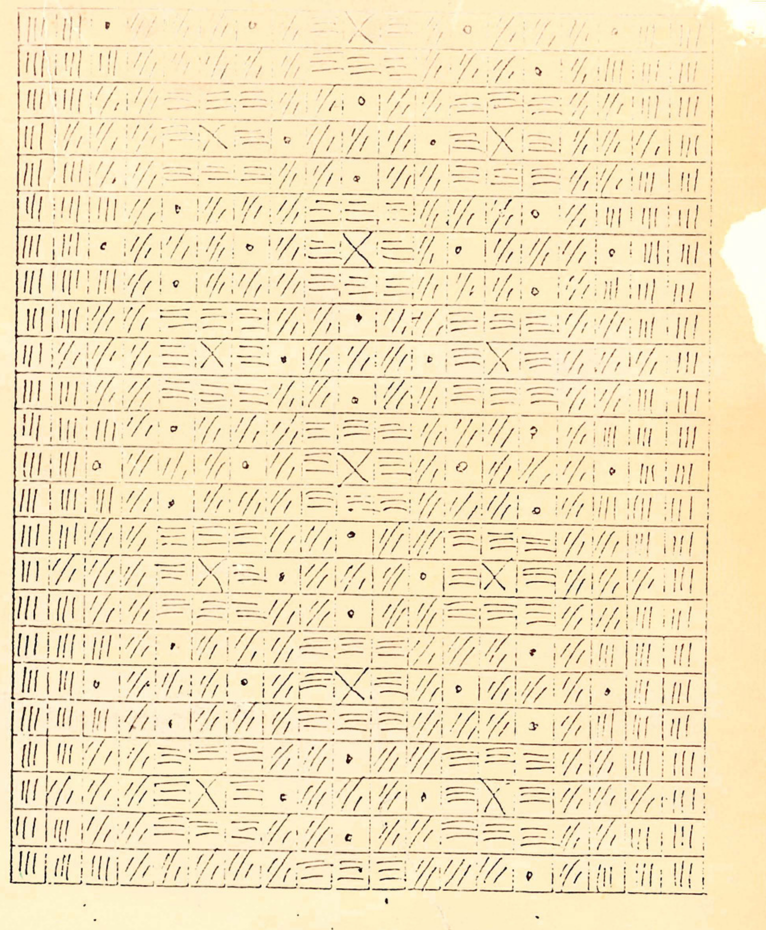






Bäume 1. Ordnung

[X] z.B.	Acer pseudo-platanus	-	Bergahorn	H 8 - 10
	Quercus robur	-	Stieleiche	H 8 - 10
	Platanus acerifolia	-	Platane	H 8 - 10

Bäume 2. Ordnung

z.B.	Betula verrucosa	-	Sandbirke	Hei. 2xv 200/250
	Carpinus betulus	-	Hainbuche	Hei. 2xv 80/100
	Fagus silvatica	-	Rotbuche	Hei. 2xv 80/100
	Sorbus aucuparia	-	Ebersche	Hei. 2xv 200/250

Füllholz (muß später auf den Stock gesetzt werden)

z.B.	Alnus glutinosa	-	Roterle	Jpf.
	Prunus serotina	-	Späte Traubenkirsche	Str. 2xv 80/100

Sträucher über 2 m

z.B.	Acer campestre	-	Feldahorn	Str. 2xv 80/100
	Cornus sanguinea	-	Hartriegel	Str. 2xv 80/100
	Corylus avellana	-	Haselnuß	Str. 2xv 60/100
	Prunus spinosa	-	Schlehe	Str. 2xv 70/80
	Ligustrum vulgare	-	Liguster	Str. 5-7 Tr 60/100

Sträucher bis 2 m

z.B.	Rosa canina	-	Hundsrose	Str. 2xv 60/100
	Rosa multiflora	-	Büschelrose	Str. 2xv 60/100
	Symphoricarpos chen.	-	Schneebeere	Str. 2xv 60/100
	Viburnum opulus	-	Gem. Schneeball	Str. 2xv 60/100

Die Schemen sollen nur als Anhalt für die Art der Bepflanzung dienen.

Text

A

Der Bebauungsplan hat folgende Rechtsgrundlagen:

§§ 2 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949 ff),

§ 4 (1) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.10.1979 (GV NW 1979 S. 594),

die Dritte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 21.4.1970 (GV NW 1970 S. [illegible]), in Verbindung mit § 103 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.1.1970 (GV NW S. 96), geändert durch Gesetz vom 15.7.1976 (GV NW S. 264),

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.9.1977 (BGBl. I S. 1763).

Art der baulichen Nutzung

In dem Bebauungsplan sind Industriegebiete nach § 9 BauNVO ausgewiesen. Die in § 9 Ziffer 3 BauNVO vorgesehenen Ausnahmen werden nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. Im Industriegebiet sind darüber hinaus solche Anlagen bzw. Betriebe unzulässig, die geeignet sind, durch Luftverunreinigung, Lärm, Erschütterungen oder Strahlungen:

a) zu einer gegen [illegible] Beeinträchtigung
oder
b) zu einer Beeinträchtigung der im Einwirkungsbereich vorhandenen oder geplanten Wohnbebauung führen.

Insbesondere sind Betriebe der Abstandsklassen I - III [illegible] Abstandserlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales [illegible] - 8804.25 vom 25.7.1974 geändert durch Runderlaß vom 2.11.1977 (MBl. NW S. 1688) nicht zulässig.

Abweichen [illegible] vorstehender [illegible] Betriebe [illegible], wenn im Einzelfall [illegible] Gutachten nachgewiesen wird, daß der Immissionsschutz sichergestellt ist.

Ausnahmsweise können Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter [illegible] wenn ein [illegible] nachgewiesen.

[illegible]

Innerhalb des Bereiches von [illegible] 110 kV Freileitung [illegible] Bauvorhaben zur Stellungnahme einzureichen. Für die 110 kV Freileitung festgesetzte Schutzstreifen kann entsprechend den [illegible] angegeben [illegible] werden.

Die Einteilung [illegible] Festsetzungen.

Behelfsbauten, das sind bauliche Anlagen aus Holzwerk, Leichtplatten, Kunststoffhüllen, Wellblech, [illegible] u.ä., dürfen auf allen Grundstücken nicht errichtet werden. Dazu rechnen insbesondere Verkaufswagen und Verkaufsbuden, auch wenn sie täglich aufgestellt und abgeräumt werden.

Zur Vermeidung von Störungen des Straßen- und Ortsbildes und um einwandfreie Geländeübergänge der Grundstücke untereinander zu erhalten, ist die Veränderung der natürlichen Erdgleiche durch Aufschüttung oder Abgrabung auf allen Grundstücken nur zulässig, soweit sie für die bauliche oder sonstige Nutzung der Grundstücke erforderlich ist und die hierbei entstehenden Geländeniveauunterschiede zwischen den einzelnen Grundstücken sowie zu den Verkehrs- und Grünflächen durch Böschungen bis zu 30° ausgeglichen werden können.

Die Bepflanzung der festgesetzten Pflanzflächen hat in Abstimmung mit dem Kreis Minden-Lübbecke als untere Landschaftsbehörde zu erfolgen. Angepflanzt werden dürfen nur heimische und landschaftstypische Gehölzarten.

Verstöße gegen die gemäß § 103 BauO NW im Bebauungsplan aufgenommenen Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen werden gemäß § 101 (1) 1 BauO NW als Ordnungswidrigkeit geahndet.

SIEHE RÜCKSEITE

Gemäß § 43 Abs. 1 Satz 3 GO NW wurde am 17.3.1980 durch Dringlichkeitsbeschluß die Aufstellung dieses Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BBauG beschlossen und der Bebauungsplanentwurf nebst Begründung gebilligt sowie dessen öffentliche Auslegung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG beschlossen.
Der Beschluß der Aufstellung sowie die öffentliche Auslegung des Planentwurfes nebst Begründung sind am 2.4.1980 im Amtlichen Kreisblatt des Kreises Minden-Lübbecke bekanntgemacht worden.

Lübbecke, den 4. 4. 1980

(Bürgermeister) (Ratsmitglied) (Schriftführer)

Der Rat der Stadt Lübbecke hat in seiner Sitzung am 8.5.1980 gemäß § 43 Abs. 1 Satz 4 GO NW den Dringlichkeitsbeschluß genehmigt.

Lübbecke, den 9. 5. 1980

(Bürgermeister) (Ratsmitglied) (Schriftführer)

Der Bebauungsplan nebst Begründung hat gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG in der Zeit vom 10.4. bis einschl. 12.5.1980 im Verwaltungsgebäude der Stadt Lübbecke, Stadtbauamt, Kreishausstraße 4, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Lübbecke, den 13. [illegible] 1980

Der Stadtdirektor

~~Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 BBauG und § 4 (1) GO NW am 28.8.1980 vom Rat der Stadt Lübbecke als Satzung beschlossen.~~

~~Lübbecke, den 29. 8. 1980~~

~~(Bürgermeister) (Ratsmitglied) (Schriftführer)~~

Dieser Plan/Text ist gemäß ~~§ 6 (1)~~/§ 11 des Bundesbaugesetzes mit Verfügung vom heutigen Tage genehmigt worden.

Detmold, den 6. OKT. 1983
Az.: 35.21.11-6051/8.91

Der Regierungspräsident
Im Auftrage

Der genehmigte Bebauungsplan ist am 28.10.1983 gemäß § 12 BBauG in Verbindung mit § 4 Abs. 3 GO NW ortsüblich bekanntgemacht worden. Die Bekanntmachung enthält den Hinweis, daß der Bebauungsplan nebst Begründung ständig während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude der Stadt Lübbecke, Stadtbauamt, Kreishausstraße 4, öffentlich ausliegt.
Mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung wird der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Lübbecke, den 14.11.1983

Der Bürgermeister

DIE DARSTELLUNG DES GEGENWÄRTIGEN ZUSTANDES STIMMT MIT DEM KATASTERNACHWEIS ÜBEREIN.

MINDEN-LÜBBECKE, DEN 10. Juli 1981

DER OBERKREISDIREKTOR
- KATASTERAMT -
IM AUFTRAGE

(BEINERT)
KREISVERMESSUNGSRAT Z.A.

ES WIRD BESCHEINIGT, DASS DIE FESTLEGUNG DER STÄDTEBAULICHEN PLANUNG GEOMETRISCH EINDEUTIG IST.

MINDEN - LÜBBECKE, DEN 10. Juli 1981

DER OBERKREISDIREKTOR
- KATASTERAMT -
IM AUFTRAGE

(BEINERT)
KREISVERMESSUNGSRAT Z.A.

DIESER BEBAUUNGSPLAN WIRD HIERMIT GEM. § 103 BAU O NW VOM 27.1.1970 (GVNW S. 96) IN DER ZUR ZEIT GÜLTIGEN FASSUNG GENEHMIGT.
AZ.: 64 10 80/14
MINDEN, DEN 14. OKT. 1983
DER OBERKREISDIREKTOR
I.A.
(FRÜHLING)
Ltd. KREISBAUDIREKTOR

~~Die Übereinstimmung mit dem Auslegungsexemplar wird bescheinigt.~~

~~Lübbecke, den 09.06.1983~~

~~(Techn. Beigeordneter)~~

STADT LÜBBECKE

ORTSTEIL:

BEBAUUNGSPLAN No.: 10/o2/75

BEZEICHNUNG: INDUSTRIEGEBIET HAFEN

FÜR DAS (TEIL) GEBIET ZWISCHEN: FLÄCHEN DES MITTELLANDKANALES, DEM BAHNKÖRPER DER BUNDESBAHN, STR. ZUR RAUHEN HORST, UND DER RAHDENERSTRASSE

OFFENLEGUNGSEXEMPLAR
~~AUSFERTIGUNG~~

DIESER BEBAUUNGSPLAN BESTEHT AUS 1 ~~TEILBLÄTTERN~~ UND EINEM TEXTTEIL.
~~DIES IST DAS TEILBLATT~~

MASZSTAB 1:1000 / ~~1:500~~

GEMARKUNG: LÜBBECKE/~~BLASHEIM/OBERMEHNEN/STOCKHAUSEN/ALSWEDE/GEHLENBECK/EILHAUSEN/NETTELSTEDT~~

FLUR 1

FESTSETZUNGEN (§ 9 (1) BBAUG)

LINIEN UND FLÄCHEN (PLA.Z.V.O.)

- PLANGEBIETSGRENZE (13.6)
- BAUGRENZE (3.4)
- ~~BAULINIE (3.3)~~
- STRASSENBEGRENZUNGLINIE (6.3)
- GRENZE UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- ÖFFENTL. GRÜNFL. MIT PFLANZGEBOT
- (G) GEGLIEDERTES INDUSTRIEGEBIET
- O OFFENE BAUWEISE
- TRAFOSTATION

BAUGEBIETE	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE Z	GRUNDFL. ZAHL GRZ	GESCHOSSFL. ZAHL GFZ	BAUMASSENZAHL BMZ	BAUWEISE	BAUGESTALTUNG GEM. § 103 BAU O NW. (§ 9 (2) BBAUG) DACHNEIGUNG	FIRSTRICHTUNG
GI		0,8		9,0			
GEMEINBEDARFSFLÄCHE							

NICHT ÜBERBAUBARE FLÄCHEN

- ~~GRÜNFLÄCHEN~~
- VERKEHRSFLÄCHEN

Die in grün eingetragenen Änderungen erfolgten aufgrund des Dringlichkeitsbeschlusses vom 30.05.1983

ERLÄUTERUNG: [illegible] ZWINGEND [illegible] EINZEL-, DOPPELHÄUSER

NACHRICHTLICHE ANGABEN (§ 9 (4) BBAUG)

- FLÄCHE FÜR VERSORGUNGSANLAGEN PUMPWERK
- WASSERLAUF
- PRIVATES ANSCHLUSSGLEIS FÜR HAFEN U. VERKEHRSFLÄCHE HAFEN
- 110 KV FREILEITUNG MIT SCHUTZSTREIFEN
- H = MAX 10,0 ODER 6,0 — HÖHENANGABE DER BEBAUBAREN FLÄCHE IM BEREICH DER FREILEITUNG
- VORH. KANÄLE MIT ø ANGABE
- SW — SCHMUTZWASSER
- RW — REGENWASSER
- vorh. 30 kV-Erdkabel
- vorh. 10 kV-Erdkabel (mit Angabe der Kabelanzahl)

ERLÄUTERUNGEN

- GEMEINDEGRENZE
- FLURGRENZE

Gemäß § 43 Abs. 1 Satz 2 GO NW wurde durch Dringlichkeitsbeschluß vom 30.05.1983 der Bebauungsplan nach § 10 BBauG in Verbindung mit § 2 a Abs. 7 BBauG und § 4 (1) GO NW als Satzung beschlossen.

Lübbecke, den 07.06.1983

(Bürgermeister) (Ratsmitglied) (Schriftführer)

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 06.07.1983 gemäß § 43 Abs. 1 Satz 4 GO NW den Dringlichkeitsbeschluß vom 30.05.1983 genehmigt.

Lübbecke, den 08.07.1983

(Bürgermeister) (Ratsmitglied) (Schriftführer)

T e x t

Dieser Bebauungsplan besteht aus den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen.

Der Bebauungsplan hat folgende Rechtsgrundlagen:

1. §§ 2 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6.7.1979 (BGBl I S. 949).

2. § 4 (1) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.10.1979 (GV NW S. 594).

3. Die Verordnung zur Durchführung des BBauG vom 24.11.1982 (GV NW Nr. 67 vom 16.12.1982, S. 753) in Verbindung mit § 103 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.1.1970 (GV NW S. 96), geändert durch Gesetz vom 27.3.1979 (GV NW S. 122).

4. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke, Baunutzungsverordnung (BauNVO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.9.1977 (BGBl. I S. 1763) in Verbindung mit dem Runderlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales - III B 6 - 8804.25 - vom 9.7.1982 (MBl. NW 1982 S. 1376/SMBl. NW 280).

Art der baulichen Nutzung

In dem Bebauungsplan sind Industriegebiete nach § 9 BauNVO ausgewiesen.

Auch ausnahmsweise können nicht zugelassen werden:

a) Die in § 9 Abs. 3 BauNVO vorgesehenen Ausnahmen werden nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Im Industriegebiet sind solche Anlagen bzw. Nutzungen unzulässig, die geeignet sind, durch Luftverunreinigung, Lärm, Erschütterungen oder Strahlungen

a) zu einer gegenseitigen Beeinträchtigung oder
b) zu einer Beeinträchtigung der im Einwirkungsbereich vorhandenen oder geplanten Wohnbebauung führen.

Insbesondere sind die nachstehend aufgeführten Betriebe der Abstandsklassen I - III (lfd. Nr. 1 - 19) der Abstandsliste zum Runderlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW - III B 6 - 8804.25 vom 9.7.1982 - (MBl. NW 1982 S. 1376/SMBl. NW 280) nicht zugelassen:

1 Kokereien
2 Betriebe zur elektrothermischen Herstellung von Chrom, Mangan, Karbiden, Korund u. a. sowie von Ferrolegierungen
3 Erdölraffinerien mit chemischer Weiterverarbeitung
4 Fabriken der chemischen Industrie mit mehr als 10 Produktionsanlagen
5 Anlagen zur Herstellung von Viskosekunstfasern
6 Hochofenwerke
7 Stahlwerke (ausgenommen Stahlwerke mit Lichtbogenöfen unter 50 t Gesamtbetriebsgewicht)
8 Erdölraffinerien ohne chemische Weiterverarbeitung
9 Erzeinteranlagen
10 Fabriken zur Herstellung von Betonformsteinen und Betonfertigteilen im Freien
11 Anlagen zur Kohlevergasung
12 Blei-, Zink- und Kupfererzhütten
13 Aluminiumhütten
14 Anlagen zur Herstellung von Eisen- und Stahlkonstruktionen im Freien
15 Anlagen zur Herstellung von Stahlbehältern im Freien
16 Anlagen zum Bau von Schiffskörpern aus Metall im Freien
17 Fabriken der chemischen Industrie mit höchstens 10 Produktionsanlagen
18 Anlagen zur Herstellung von Schwefelkohlenstoff
19 Tierkörperverwertungsanlagen, Anlagen zur Verarbeitung von tierischen Abfällen

Abweichend hiervon können nach vorstehender Festsetzung nicht zulässige Betriebe zugelassen werden, wenn im Einzelfall durch Sachverständigengutachten nachgewiesen wird, daß der Immissionsschutz sich-ergestellt ist.

Die im Bebauungsplan eingetragenen Sichtdreiecke sind auf Dauer von jeglicher sichtbehindernden Nutzung, baulichen Anlagen sowie Bewuchs über 1,-- m Höhe - bezogen auf Fahrbahnoberkante der kreuzenden Straßen - freizuhalten.

Innerhalb des Bereiches von 8,-- m beiderseits der Leitungsachse der 10 kV-Freileitung ist eine Bebauung nur dann zulässig, wenn die erforderlichen Mindestabstände zwischen den geplanten Bauvorhaben und der 10 kV-Freileitung gemäß den einschlägigen VDE-Bestimmungen eingehalten werden. Vor Erteilung von Baugenehmigungen für Bauten innerhalb des vorgenannten Bereiches sind der RUE-AG Osnabrück prüffähige Bauunterlagen zur Stellungnahme einzureichen. Der für die 10 kV-Freileitung festgesetzte Schutzstreifen kann nur entsprechend den im Plan angegebenen Höhen bebaut werden Die Einteilung des Straßenraumes ist nicht Gegenstand der Festsetzungen.

Behelfsbauten, das sind bauliche Anlagen aus Holzwerk, Bauplatten, Kunststoffhüllen, Blechtafeln, Pappbekleidung, Jute Papierstoffen u.ä., dürfen auf allen Grundstücken nicht errichtet werden. Dazu rechnen insbesondere Verkaufswegen und Verkaufsbuden, auch wenn sie täglich aufgestellt und abgeräumt werden.

Zur Vermeidung von Störungen des Straßen- und Ortsbildes und um einwandfreie Höhenübergänge der Grundstücke untereinander zu erhalten, ist die Veränderung der natürlichen Erdgleiche durch Aufschüttung oder Abgrabung auf allen Grundstücken nur zulässig, soweit sie für die bauliche oder sonstige Nutzung der Grundstücke erforderlich ist und die hierbei entstehenden Geländeniveauunterschiede zwischen den einzelnen Grundstücken sowie zu den Verkehrs- und Grünflächen durch Böschungen bis zu 30° ausgeglichen werden können.

Die Bepflanzung der festgesetzten Pflanzstreifen hat in Abstimmung mit dem Kreis Minden-Lübbecke als untere Landschaftsbehörde zu erfolgen. Angepflanzt werden dürfen nur heimische und landschaftstypische Gehölzarten. Die im Bebauungsplan festgesetzten Pflanzflächen (Öffentliche Grünflächen) sind im Sinne der nachstehenden Pflanzschemen zu bepflanzen und dauernd zu unterhalten.

Ordnungswidrigkeiten

Verstöße gegen die gemäß § 103 BauO NW im Bebauungsplan aufgenommenen Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen werden gemäß § 101 (1) BauO NW als Ordnungswidrigkeit geahndet.